

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0229) 21 9039/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0684

Inhalt

Horst Peter MdB nennt erhebliche Bedenken gegen eine mögliche SPD/CDU-Koalition in Brandenburg; Mit den Kräften der Herbst-Umwälzung als Partner.
Seite 1

Willy Brandt MdB würdigt die politische Arbeit von Hans-Eberhard Dingels; Viele Gründe für Dank.
Seite 3

Dokumentation:
Der Vorstand der bayerischen SPD hat eine Analyse der Landtagswahlen vom 14. Oktober vorgelegt. Die Analyse im Wortlaut (Teil I).
Seite 4

45. Jahrgang / 202

22. Oktober 1990

Mit den Kräften der Herbst-Umwälzung als Partner Zu den strategischen Optionen der SPD

Von Horst Peter MdB

Die erste Entscheidung der Wahlkampagne 90/91, die von den bayerischen und ostdeutschen über die Bundestagswahlen bis zur hessischen Landtagswahl am 20.1.91 reicht, ist gefallen. Das Ergebnis könnte besser sein, fällt aber für die SPD besser aus als uns Presse, Fernsehen und CDU/CSU/FDP weiszumachen versuchen. Der Versuch der Rechten, dieses Ergebnis runter und ihr Ergebnis raufzureden und in Brandenburg den roten Teppich für die Große Koalition auszubreiten, ist psychologische Kampfführung im Hinblick auf die Bundestagswahl.

Zuwächsen der SPD steht ein im Vergleich zu den Volkskammerwahlen klägliches Abschneiden des konservativen Blocks gegenüber. Damals kandidierten die Block-Partei CDU, der Demokratische Aufbruch, die DSU, die Bauernpartei getrennt. Heuer hat die West-CDU die Block-CDU, den DA, die Bauernpartei organisatorisch aufgesogen, das Wählerreservoir der DSU geplündert. Trotzdem steht zum Beispiel für CDU und DSU im direkten Vergleich gegenüber den VK-Wahlen mit 5,625 Millionen Wählern ein Verlust von 1,75 Millionen Stimmen zu Buche.

Kohls Strategie des "Durchfeierns" bis zum 2. Dezember verliert ihre Durchschlagskraft. Nach dem Taumel der Einigung über Währungsunion und 3.10. macht sich Ernüchterung bemerkbar. Kohl kann seine Wähler nicht mehr binden, weil für viele Menschen die von Kohl aufgebauten Erwartungshorizonte zusammenbrechen. Die Orientierungslosigkeit, die die zwangsläufige Folge eines zweifachen Zusammenbruchs von Erwartungshorizonten in kürzester Frist ist, erst der Verheißung des SED/CDU-"Sozialismus", dann des Zusammenbruchs der Kohlschen-CDU-Wohlstandsverheißungen, erklärt den hohen Anteil der Nichtwähler.

Um Relationen zu verdeutlichen: die Ergebnisse von CDU/FDP reichen in Mecklenburg-Vorpommern nicht an das Ergebnis von Rheinland-Pfalz heran, in Brandenburg nicht an das von NRW. Durch die Nichtteilnahme von Berlin an diesem Wahlgang verschiebt sich das Ergebnis sogar noch optisch zugunsten der Rechten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120409

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundliche
aus recycelten Rohstoffen
hergestelltes Papier



Das Ergebnis für die Konservativen wird durch das provinzielle Auftreten des alternativen Spektrums in Mecklenburg noch parlamentarisch geschönt. Zehn Prozent der Wählerstimmen fallen dort unter den Tisch, weil sich die drei Formationen dieses Spektrums nicht einigen konnten. Die Folge: CDU/FDP können mit 44 Prozent der abgegebenen 65 Prozent, das heißt knapp der Stimmen eines Drittels der Wählerschaft, gegen die Mehrheit im Lande regieren - wahrhaft amerikanische Verhältnisse. Sollte die CDU/FDP-Koalition durch einen sozialdemokratischen Überläufer regierungsfähig werden, wäre dies ein schlechter Start und eine nicht zu unterschätzende Belastung für die parlamentarische Demokratie in diesem Bundesland, die durch die bruchlose Weiterführung der alten Satellitenpartei CDU schon genügend belastet ist.

Die zukunftsfähige Option der SPD ist die Bündelung der authentischen oppositionellen Kräfte des Herbstes 1989 in einer Zusammenarbeit, die auf strategische Kooperation zielt und nicht auf Kujonierung und Domestizierung der Partner. Nur in einer solchen Form der Zusammenarbeit können die Inhalte der Herbst-Umwälzung bewahrt werden. In dieser Zusammenarbeit, in der der SPD als stärkster Kraft die organisierende Rolle zufällt, können die Kräfte der Herbst-Umwälzung den erneuten Zugriff der gewendeten Block-Parteien CDU/PDS auf die neuen Bundesländer abwehren.

Brandenburg hat gezeigt, wie erfolgreich sozialdemokratische Wahlkampf geführt werden kann. So konnte die SPD Zuwächse sowohl aus Bewegungen von der PDS zur SPD als auch von der CDU zur SPD verzeichnen. Dies zeigt für die Zukunft, daß auch Bundesländer, die fest den anderen Seiten zugerechnet werden, sozialdemokratische Stammländer werden können. Wenn es gelingt, die Arbeitnehmerschaft für die SPD zu gewinnen, sind die sozialdemokratische Perspektiven in den neuen Bundesländern gut. Auch NRW mußte einmal diesen Weg gehen.

Nicht zu unterschätzen ist deshalb für die neuen Länder die Aufgabe des Neuaufbaus der Gewerkschaftsbewegung, nachdem die Arbeitnehmer durch den FDGB den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung entfremdet worden sind. Die CDU-Stimmen aus der Arbeitnehmerschaft basieren auf der falschen Überlegung, die Regierung sei für Einkommen und Wohlstand der Arbeitnehmerschaft verantwortlich. Einkommen und Wohlstand der Arbeiterhaushalte sind tatsächlich Ergebnis von Verteilungskämpfen; um die erfolgreich zu bestehen, werden auch die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern in Zukunft auf starke tariffähige Gewerkschaften nicht verzichten können. Acht Jahre Verteilungskämpfe unter der Kohl-Regierung zeigen, daß auch die Arbeiter in den neuen Bundesländern bald in Konflikt mit einer CDU-Regierung geraten werden, denn dort wie hier wird eine Kohl-Regierung als Sachwalterin der Unternehmerseite auftreten.

Eine Große Koalition in Brandenburg läuft Gefahr, als Farce die tragische Entwicklung von Januar bis August zu wiederholen. Eine Große Koalition, ohne Not geschlossen, hätte zudem erhebliche negative Auswirkungen auf die Motivation der sozialdemokratischen Funktionäre, Aktiven, Wahlkämpfer und Wähler in Gesamt-Deutschland.

Die alte Block-Partei CDU hat 40 Jahre gemeinsam mit der SED bis in das kleinste Dorf das handelnde und profitierende Personal für die Nomenklatura gestellt - und nicht nur das applaudierende Publikum. Sie hat gemeinsam mit der SED geherrscht, während Sozialdemokraten verfolgt, eingesperrt und geprügelt worden sind, "Sozialdemokratismus" der gefährlichste Vorwurf war, den sich Abweichler einhandeln konnten. Diese alte Block-CDU hat sich überraschend und erschreckend schnell im sozialen Gefüge und in der politischen Klasse der vereinten Bundesrepublik - erneut - etabliert.

Die gebliebene soziale Elite des SED/CDU-Staates, die Tierärzte, Röntgenärzte, Professoren und Anwälte, hat sehr schnell die Gesetze der Marktwirtschaft begriffen: Diestel hat wohl nicht nur die alten SED/Stasi-Seilschaften gedeckt, sondern sich auch zu guten Konditionen mit einem Grundstück eingedeckt; de Maiziere ebenfalls wahrscheinlich zu guten Konditionen Unterschlupf in der Kanzlei von Otto Lamsdorf gefunden.

Die Ost-CDU hat auch schnell die manipulativen Techniken und Argumentationsfiguren der Geißler-Schule dazugelernt, die Diffamierung und Denunziation. Die Vorkenntnisse aus der Blockzeit konnten als produktives Erbe eingebracht werden. So redet ein CDU-Sprecher in Mecklenburg-Vorpommern angesichts der dortigen Patt-Situation ohne jede Scham davon, daß es eine Allianz von Sozialdemokraten und Kommunisten sicherlich nicht noch einmal geben werde. Das ist einerseits Geißler-Schule in der Nähe der Pazifismus-führte-zu-Auschwitz-These. Das ist andererseits die Fortführung des schon von Block-CDU/SED verbreiteten Geschichtsbilds über die Entstehung der SED. So kann die Block-CDU bruchlos als Teil der West-CDU an ihre Block-Tradition anknüpfen.

In dieser Weise belastete CDU-Formationen sind keine Koalitionspartner für Sozialdemokraten.

In Erinnerung gerufen werden muß, daß in der Bundesrepublik -alt-, in den elf alten Bundesländern, nicht über die Kohlsche Politik gegenüber der alten DDR, sondern über acht Jahre Kohl-Politik im "Westen" abgestimmt wird. Der für Kohl glückliche Zufall der Einheit kann nicht überdecken, daß Kohl die wirklichen Aufgaben unserer Zeit, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Neue Armut, die Umweltkrise, die Politikentfremdung vieler Menschen, die Militarisierung des Nord-Süd-Konfliktes, die Gefährdung durch prekäre Großtechnologien, nicht bewältigen kann. Durch die Einheit werden diese Probleme nicht geschmälert, sondern eher verschärft. Und bald wird sich zeigen, daß Kohl auch in der ex-DDR gegen die Menschen und die Natur regiert.

(-/22. Oktober 1990/rs/fr)

Viele Gründe für Dank
HED wird sechzig

Von Willy Brandt
SPD-Ehrenvorsitzender

HED, also die Buchstaben, die für unseren guten Freund Hans-Eberhard Dingels stehen, sie sind im Laufe von Jahrzehnten zu einem Markenzeichen geworden. Ich will das mal so sagen: Der Internationale Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - also HED -, das ist nicht einer, der nur eine wichtige Funktion wahrnimmt; er ist selber zu einer Institution geworden.

Und das erfordert erst einmal Respekt - nicht nur von uns schon Älteren, sondern vor allem wohl von viel Jüngeren, denen in internationalen Dingen einiges zu lernen bleibt. Es ist nun mal so: HED ist der dienstälteste Internationale Sekretär einer nicht ganz unbedeutenden Partei auf der weltweiten Ebene. Bald werden es dreißig Jahre her sein, seit er 1961 als junger Mann die Leitung der Auslandsabteilung beim SPD-Parteivorstand übernahm. Das war das Jahr des Mauerbaus (nach meiner ersten Kanzlerkandidatur). Vielleicht können sich Jüngere nicht ohne weiteres vorstellen, welch einen Reichtum an Erfahrungen und Kenntnissen gerade im internationalen Bereich ein solcher Zeitraum darstellen kann. Besonders dann, wenn dieser Reichtum - wie bei HED - durchgehend präsent bleibt, als wäre manches erst gestern gewesen. Sein persönliches Engagement für Asien in den 60er, für den Nahen Osten - mit Bruno Kreisky zusammen - in den 70er Jahren. Ebenso wie für Südeuropa und Lateinamerika in den 80er Jahren. Und jetzt wieder für den "anderen" Teil Europas. Es wäre eigenartig, wenn ich nicht auch und gerade seinen unermüdlichen Einsatz im Rahmen der Sozialistischen Internationale anerkennend hervorhebe. Es gibt viele Gründe, HED Dank zu sagen, ihm als gutem Weggefährten herzlich zu gratulieren und ihm - und uns mit ihm - weitere gute Jahre zu wünschen.

(-/22. Oktober 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Analyse der bayerischen Landtagswahl 1990

(Teil I)

Der Vorstand der bayerischen SPD hat eine Analyse erarbeitet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Allgemeine Abwanderungen von Parlamentsparteien

Alle drei Landtagsparteien haben an Stimmen und Prozenten verloren:

- Die CSU um 243.894 GS (= Gesamtstimmen) oder 0,9 Prozent-Punkte.
- Die SPD um 237.460 GS oder 1,5 Prozent-Punkte.
- Die Grünen um 142.555 GS oder 1,1 Prozent-Punkte.

Alle außerparlamentarischen Parteien haben zugelegt:

- Die FDP um 143.545 GS oder 1,4 Prozent-Punkte.
- Die REPs um 195.519 GS oder 1,9 Prozent-Punkte.
- Die ÖDP um 114.211 GS oder 1,0 Prozent-Punkte.
- Die BP um 21.694 GS oder 0,2 Prozent-Punkte.

Damit sind von den bisher im Landtag vertretenen Parteien per saldo 645.603 GS oder 5,82 Prozent der Wählerinnen und Wähler abgewandert. 474.969 GS oder 4,28 Prozent an die außerparlamentarische Opposition, der Rest von 170.634 GS oder 1,54 Prozent in den Nichtwählerbereich.

Für die Abwanderung von Parlamentsparteien kann es verschiedene Ursachen geben, zum Beispiel:

- Der verbreitete Eindruck von einem insgesamt wenig attraktiven und gegenüber einer dominanten Staatsregierung unbedeutenden Parlament.
- Der generelle Wille zum Protest "gegen die da oben" als Ausdruck einer Parteien- und Politikerverdrossenheit.
- Die Enttäuschung mit der Partei der früheren eigenen Wahl.

Da das Abwanderungspotential zu 37 Prozent (237.460 G von 645.603 G) von der SPD kommt, hat die SPD, vor allem ihre neue Landtagsfraktion, zu prüfen, was künftig besser gemacht werden kann und muß.

Die Verluste der SPD

Die Bayern-SPD hat verloren

- von früher 3.119.124 Gesamtstimmen 237.460 Gesamtstimmen
- von früher 1.559.562 Wählerinnen und Wählern 118.730 oder 7,61 Prozent ihres Bestandes.
- 1,5 Prozent-Punkte
- 3 von 61 Mandate.

Der Verlust von 1,5 Prozent-Punkten wäre unter normalen politischen Verhältnissen kein tragisches Unglück. Der Verlust von 118.730 W hält sich auch gegenüber den Verlusten der Hauptkonkurrenten (CSU: - 121.947; Gründe: 71.278 W) in Grenzen.

Die Bayern-SPD unterschritt jedoch mit einem erneuten Verlust von 1,5 Prozent das ohnehin schon schlechte Ergebnis der LTW 86 mit 27,5 Prozent und erzielte wiederum das schlechteste Nachkriegsergebnis der Bayern-SPD. Mit diesem erneuten Verlust hat die Bayern-

SPD seit 1982 insgesamt 5,9 Prozent-Punkte eingebüßt und ist in acht Jahren von einer 1/3-Partei zu einer 1/4-Partei abgesunken.

In dieser Zeit sind zwei neue konkurrierende Parteien entstanden (Grün und REPs) mit derzeit zusammen 11,3 Prozent. Die Bayern-SPD war seit 1982 mit 5,9 Prozent-Punkten von 11,3 Prozent-Punkten Blutspender neuer Parteien. Die CSU übrigens mit 3,4 Prozent-Punkten.

Wählerstromanalyse

Die Wählerstromanalyse zeigt, daß die SPD von der CSU per saldo 6.000 W gewonnen hat und geringfügig W von den Grünen. Sie hat geringfügig an die FDP abgegeben und per saldo 20.000 W an die REPs verloren (CSU: 40.000). Das hätte insgesamt nur zu einem weitaus geringeren Verlust von 0,36 Prozent-Punkten geführt. Jedoch hat die SPD etwa 118.000 W an den Nichtwählerbereich verloren. 1989 gingen 2.608.442 nicht zur Wahl, 1990 waren es 2.910.377, also 301.935 Nichtwähler mehr. Davon stammen 118.370 W, also überproportionale 33,12 Prozent von der SPD.

Die SPD hatte nach der letzten Infratest-Untersuchung ein ausschöpfbares Wählerpotential von 29 Prozent. Sie hat dieses Potential auch nicht annähernd ausschöpfen können. Vielmehr hat sie in den Nichtwählerbereich verloren.

Offenbar konnte die Bayern-SPD per saldo 100.000 der ihr zugeneigten W von 1986 diesmal nicht mobilisieren.

Eine mißlungene Mobilisierung kann mehrere Gründe haben:

- regionale Ursachen
- ein wenig reizvolles Themenangebot der Bayern-SPD
- ein wenig reizvolles Personalangebot der Bayern-SPD
- ein geringes Reizklima der gesamten Landtagswahl
- die allgemeine Überlagerung der Landespolitik.

1. Regionale Ursachen

Hinweise könnte der überdurchschnittliche Rückgang der Wahlbeteiligung in einzelnen Wahl- oder Stimmkreisen geben: Die Wahlbeteiligung sank bayernweit um 4,1 Prozent.

Signifikanter Ausreißer ist die Oberpfalz mit 5,7 Prozent weniger Wahlbeteiligung. Innerhalb der Oberpfalz sind wiederum signifikante Ausreißer:

- | | |
|-----------------------|----------------|
| - Amberg-Sulzbach-Süd | - 6,4 Prozent |
| - Nabburg | - 7,6 Prozent |
| - Schwandorf | - 11,2 Prozent |

Das sind drei benachbarte Stimmkreise in der mittleren Oberpfalz. In ihnen hat die SPD an Gesamtstimmen abgenommen:

- | | |
|-----------------------|----------------|
| - Amberg-Sulzbach-Süd | 0,0 Prozent |
| - Nabburg | - 10,7 Prozent |
| - Schwandorf | - 11,3 Prozent |

Amberg-Sulzbach-Süd hatte das Strukturproblem Maxhütte. In diesem Stimmkreis sind viele Menschen offenbar resigniert zu Hause geblieben. Darunter haben seitherweise die Grünen (-4,5%) am meisten gelitten. Wer arbeitslos ist, hat offenbar für Umweltprobleme wenig Sinn. Ansonsten hat die Wahlenthaltung alle Parteien gleichermaßen betroffen. Die SPD hat sich halten können. Ihr Einsatz in Sachen Maxhütte ist nicht belohnt worden. Die CSU hat um 1,2 Prozent G zugenommen. Offenbar ist sie für den Konkurs der Maxhütte nicht bestraft und für ihre späte Hilfe auch noch belohnt worden. Auf die REPs sind unterdurchschnittlich wenig W ausgewichen (+ 1,6%).

Äußerst signifikant ist die Entwicklung in den Stimmkreisen Nabburg und Schwandorf rund um die WAA. Hier sind fast ausschließlich ehemalige W der SPD zu Hause geblieben. Der SPD ist es also offenbar nicht gelungen, die früheren W der CSU, die 1986 aus Protest gegen die WAA SPD wählten, bei der Stange zu halten. CSU konnten diese W offenbar nicht wiederwählen. Sie sind zu Hause geblieben. Das allein brachte in beiden Stimmkreisen einen Verlust von 13.560 W und erklärt bereits 11,46 Prozent des absoluten Gesamtverlusts der Bayern-SPD mit 118.370 W.

Ausreißer in der Wahlbeteiligung sind auch die Stimmkreise

- Miltenberg - 6,9 Prozent
- Freyung-Grafenau - 7,0 Prozent

Davon waren aber alle Parteien annähernd gleich betroffen. Signifikante regionale Erkenntnisse ergeben sich nicht.

2. Themenangebot

Das Themenangebot 90 der Bayern-SPD war bestimmt nicht langweiliger als das Angebot 86. Damals bot die Bayern-SPD eher einen "Bauchladen" - das heißt für jeden etwas. Diesmal stellte sie anhand drückender Mangellagen populäre Schwerpunktthemen heraus:

- Wohnungsnotstand
- Pflegenotstand
- Kindergartennot
- Chancengleichheit für Frauen

Wir können nur vermuten, daß diese Themen angekommen sind. Vor allem weil die CSU darauf hektisch reagierte, was sie üblicherweise nicht tut. Nachweisbar ist jedoch weder Erfolg noch Mißerfolg. Das Wahlergebnis von 26,0 Prozent bei Nichtausschöpfung des Potentials (29 Prozent) und bei einer bis zum Schluß hohen Quote an Unentschlossenen spricht eher für einen zumindest nicht durchschlagenden Erfolg, wenn nicht gar für einen Mißerfolg.

Inwieweit diese Themen zugunsten der Bayern-SPD mobilisierend gewirkt haben, ist nur schwer feststellbar:

Das Thema "Wohnungsnot" müßte ja vor allem in Großstädten mobilisiert haben. Aber die Wahlbeteiligung in München (-4,1%) sank landesdurchschnittlich, in Nürnberg (-5,5%) überdurchschnittlich. In München nehmen wir 0,5% zu und liegen damit immerhin 2,0% über Landestrend. In Nürnberg nehmen wir 0,8% ab und liegen nur noch 0,7% über Landestrend. Das Wohnungsthema könnte also in München mäßig "eingeschlagen" haben; schon in Nürnberg, aber auch anderwärts ist das statistisch nicht mehr nachweisbar, vielleicht empirisch über die Erfahrungen von Wahlkämpfern oder bei der Kleinanalyse von lokalen Wahlergebnissen in Problemgebieten.

Das Thema "Frauen" hätte im Stimmkreis Memmingen wohl besonders mobilisierend wirken müssen. Die Wahlbeteiligung sank zwar unterdurchschnittlich (-3,4%), was aber ganz andere Gründe haben kann. Der Ertrag blieb jedenfalls aus. Zwar verlor die CSU überproportional 4,4% Zweitstimmen (-2,5% Gesamtstimmen) aber auch die SPD (-1,1%/-1,8%) und die Grünen (-0,8%/0,8%) rutschten fast landesdurchschnittlich ab. Gewinner waren die FDP (+1,3%/+0,9%) und die REPs (+3,25/+3,2%).

(-/22. Oktober 1990/rs/fr)

(wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt)
